

## Niederschrift

über die 29. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 03.09.2024, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

### Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Vorstellung der Planung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen an den Standorten Süggerath und Lindern  
Vorlage: 3113/2024
3. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
4. Fragestunde für Einwohner

### **Anwesend waren:**

#### Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

#### Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Marko Banzet
4. Maria Beaujean
5. Heike Becker
6. Hans-Jürgen Benden
7. Maja Bintakys-Heinrichs
8. Karola Brandt
9. Karl-Peter Conrads
10. Michael Cremerius
11. Markus Diederer
12. Sonja Engelmann
13. Helmut Gerads
14. Christoph Grundmann
15. Christina Hennen
16. Rainer Jansen
17. Judith Jung-Deckers
18. Michael Kappes
19. Mario Karner
20. Nils Kasper
21. Stefan Kassel
22. Robert Kauhle
23. Dirk Kochs
24. Christian Kravanja
25. Willi Münchs
26. Hans-Josef Paulus
27. Hannelore Peter

28. Gero Ronneberger
29. Manfred Schumacher
30. Barbara Slupik
31. Norwin Sommerfeld
32. Lars Speuser
33. Jürgen Steegers
34. Raimund Tartler
35. Ruth Thelen
36. Harald Volles
37. Max Weiler

von der Verwaltung

38. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
39. Joachim Grünewald
40. Dipl. Ing. Roland Jers
41. Christina Kamphausen
42. Christoph Nilles
43. Beigeordneter Stephan Scholz
44. Yvonne Wolf

**Entschuldigt:**

Mitglieder

45. Cornelia Banzet
46. Wilfried Kleinen

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 29. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 03.09.2024 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertreter der Presse, die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie einige Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung herzlich willkommen. Sie erklärte, es handle sich um eine notwendige Sondersitzung des Rates, die der aktuellen Flüchtlingssituation in der Stadt geschuldet sei.

Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung vom 26.08.2024 form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordneten Kleinen und Stadtverordnete Banzet. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordnete Beaujean habe Einwand gegen die Niederschrift der 28. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 03.07.2024 erhoben. In dieser sei fälschlicherweise zu Tagesordnungspunkt 6 ein Beschluss Nr. 3 ausgewiesen, über den man in der Sitzung zwar gesprochen habe, über den schließlich allerdings nicht abgestimmt worden sei. Bürgermeisterin Ritzerfeld bestätigte dies. Sie erklärte, dass der Beschluss Nr. 3 zuvor in den Beschluss Nr. 2 integriert worden sei, sodass Beschluss Nr. 3 zwar fälschlicherweise in der Niederschrift als eigener zusätzlicher Beschluss ausgewiesen sei, sich hieraus allerdings keine rechtlichen Konsequenzen ergeben würden.

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, zu den Tagesordnungspunkten 2 und 6.1 gebe es Beilätter und Ergänzungen, die man den Stadtverordneten am 02.09.2024 per E-Mail zugeleitet habe.

## **TOP 1      Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Bürgermeisterin Ritterfeld informierte, mit Datum vom 11.07.2024 habe die Stadt einen Zuwendungsbescheid für die Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzeptes im Bereich Klimaschutz erhalten. Geilenkirchen sei 2013 Vorreiter bei der Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes gewesen, als es noch keine gesetzliche Verpflichtung gegeben habe. Aufgrund gesetzlicher Änderungen bzw. des allgemeinen Wandels in der Gesellschaft sei dieses Konzept inzwischen in vielen Bereichen überholt. Mit der Förderung i. H. v. 67.024,00 Euro sollen nun die im Konzept genannten Klimaschutzmaßnahmen aktualisiert, konkretisiert und auch ambitionierter gestaltet werden. Der nächste Schritt sei die Ausschreibung eines entsprechenden Dienstleisters.

## **TOP 2      Vorstellung der Planung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen an den Standorten Süggerath und Lindern**

**3113/2024**

Bürgermeisterin Ritterfeld informierte, die heutige Sondersitzung sei auf diesen Tagesordnungspunkt zurückzuführen. Die Flüchtlingssituation spitze sich zu und man müsse nun handeln. Das Team Asyl betreue derzeit 739 geflüchtete Menschen in Geilenkirchen. Vor der letzten Flüchtlingswelle seien es lediglich 220 Menschen gewesen. Beispielsweise seien 223 Menschen in der Fliegerhorstsiedlung Teveren in insgesamt 49 Häusern untergebracht. Weitere 209 Personen habe man durch Anmietungen in privaten Wohnraum untergebracht, wodurch auch der Wohnungsmarkt in Geilenkirchen mittlerweile leergefegt sei. In 2024 seien der Stadt bereits jetzt schon 130 geflüchtete Menschen zugewiesen worden, davon 20 Personen mit Wohnsitzzuweisung.

Leider gebe es noch immer Personen, die meinen, dass die Verwaltung beeinflussen könne, wie viele Geflüchtete ihr zugewiesen werden. Dies sei falsch. In dem Zusammenhang werde immer wieder auf die Website der Bezirksregierung Arnsberg verwiesen, die mit aktuellem Stand vom 30.08.2024 eine Zuweisungszahl von 41 Geflüchteten für Geilenkirchen ausweise. Wäre die Annahme richtig, wäre das Aufnahmesoll in 2024 durch die Aufnahme von bisher 130 Menschen längst übererfüllt, da z. B. am 05.01.2024 eine Aufnahmeverpflichtung von 53 Personen bestanden habe. Die Zahlen seien jedoch wöchentlich aktuell und nicht als Gesamtzahl zu sehen, die sich im Laufe eines Jahres reduziere. Man könne auch nicht einfach die Stadtgrenzen schließen, da die Flüchtlinge trotzdem nach Geilenkirchen geschickt werden und hier ankommen; daher benötige man nun kurzfristige Lösungen für Unterbringungen.

Derzeit würden überwiegend ukrainische Familien ankommen. Da es keinen Wohnraum mehr gebe, habe die Verwaltung in einem Haus inzwischen sogar 3 Familien zusammen untergebracht. Auch gebe es keine verfügbaren Hotellösungen, da nur eine Anmietung von Apartments mit Kochmöglichkeit sinnvoll sei. Die Familien müssten sich schließlich selbst verpflegen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Hotel-Apartments seien jedoch bis auf weiteres anderweitig vermietet. Der Zustand in der Ukraine sei weiterhin kritisch und werde sich gen Winter voraussichtlich weiter verschlechtern. Die bisherigen Prognosen der Verwaltung hinsichtlich der Zahl der in diesem Jahr aufzunehmendem Menschen würden sich bewahrheiten.

Die Verwaltung habe sich deswegen eingehend mit den letzten Beschlüssen und weiteren Unterbringungsmöglichkeiten in Süggerath und Lindern befasst. Bei der Aufstockung der Unterkunft An der Friedensburg liege man im Zeitplan.

In Süggerath wolle man ausschließlich Familien in Mietcontainern unterbringen, die die Verwaltung zunächst für zwei Jahre anmieten wolle. Die Familien hätten für sich abgeschlossene Räumlichkeiten mit Schlafzimmern, einem Aufenthaltsraum, einem Badezimmer mit separatem WC und einer Küche. Man gehe von einer durchschnittlichen Familiengröße von vier Personen aus. Schlafplätze könne man bei Bedarf durch Hochbetten aufstocken.

In Lindern wolle man die Container zunächst für ein Jahr anmieten und allein reisende Personen unterbringen. Bis zu sechs Personen (Zwei Personen pro Schlafzimmer) sollen in einer abschließbaren Wohneinheit mit Aufenthaltsraum, einem Badezimmer mit separatem WC und einer Küche zusammenleben. Erfahrungswerte würden zeigen, dass die Unterbringung in kleineren Einheiten die Erhaltung und die Sauberkeit fördern. Die Container würden hier als Zwischenlösung bis zur Fertigstellung eines Gebäudes in Modulbauweise genutzt werden. Bei der Modulbauweise seien die Container größer, stabiler und man sei flexibler in der Aufteilung. Zudem sei auch der Standard höher, wodurch die Unterkunft insgesamt eine höhere Lebensdauer erhalte.

Die Containeranlagen in Süggerath und Lindern könnten bis Oktober 2024 errichtet werden. Die Arbeiten an den Modulen könnten nach derzeitigen Informationen voraussichtlich in der 10. Kalenderwoche 2025 fertiggestellt werden. Im Anschluss könne man die Container in Lindern abbauen. Hierzu gebe es aber noch keine konkreten Planungen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld präsentierte die auf dem Beiblatt zur Vorlage aufgeführten Kosten. Die Mietkosten pro Flüchtling würden in Süggerath für 24 Monate je 419,00 Euro mtl. und in Lindern für 12 Monate je 631,00 mtl. betragen. Weiterhin müsse man über das Thema Betreuungskosten sprechen. Man wolle die Geflüchteten nicht sich selbst überlassen, allerdings sei das Sachgebiet Asyl überlastet und könne die Mindestversorgung weiterer Menschen nicht gewährleisten. Hier werde man in der Zukunft über verschiedene Konstellationen und Möglichkeiten beraten. Auf die Frage wie hoch die Zusatzkosten für die Starkregenabsicherung seien, antwortete die Verwaltung, dass sie von ca. 10.000 Euro für den Starkregenschutz und ca. 7.500 Euro für die Umpflanzung der Bürgerbäume ausgehe.

Die CDU-Fraktion meinte, die Kombination von Obdachlosenunterkunft und Flüchtlingsunterkunft in Süggerath könne zu Problemen führen, insbesondere wenn die Betreuung nicht ausreichend gewährleistet werde. Man hätte die Unterkunft zunächst befürwortet, allerdings nur als temporäre und nicht als dauerhafte Lösung. Man sei von einem Rückbau des alten Gebäudes und einem Neubau ausgegangen. Eine Erhöhung der Flüchtlingszahl würden die Nachbarschaft und die Fraktion nicht mittragen. In den 90er Jahren habe es eine nicht dokumentierte Zusage der Verwaltung gegeben, keine weiteren Geflüchteten in Süggerath aufzunehmen. Mit dem Handeln heute mache sich die Verwaltung daher unglaubwürdig.

Weiterhin sei die Fraktion der Meinung, sollte man sich heute für die Unterkunft in Lindern entscheiden, führe dies dazu, dass der zweitgrößte Sportverein in Geilenkirchen seine Arbeit einstellen müsse. Eltern würden ihre kleinen Kinder nicht in Turnhallen schicken, neben denen

50 allein reisende Männer ohne Betreuung untergebracht seien. Man dürfe das Wohl der Asylananten nicht über das Wohl der Bürgerinnen und Bürger aus Lindern stellen, sondern müsse die subjektiven Ängste der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen. Niemand habe Einfluss darauf, wie viele Geflüchtete noch kommen werden. Man könne nur die Unterbringung und Versorgung beeinflussen und hier seien die Interessen der Bevölkerung und des dörflichen Lebens vorrangig.

Dabei stelle sich die Fraktion nicht gegen die Aufnahme von Geflüchteten. Wie mehrfach aufgefördert, solle die Verwaltung Alternativstandorte suchen. Außerdem müsse man auch die finanziellen Aspekte berücksichtigen, die letztendlich durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt werden. Die Verwaltung und die Fraktionen hätten sich gemeinsam Unterkünfte in Heinsberg angesehen, die zweckmäßiger und weniger komfortabel gewesen seien. Deswegen sollte man auch bei dem Verwaltungsvorschlag überlegen, ob die Einrichtungen so komfortabel sein müssen, denn man verschenke viel Platz.

Nach Meinung der CDU-Fraktion hätte es längst zu einem Ratsbürgerentscheid bzgl. der ZUE kommen können, der damals im Rat jedoch keine 2/3-Mehrheit fand. Man habe auch andere Möglichkeiten besprochen, z. B. den Bau eines weiteren Gebäudes An der Friedensburg, die die Fraktion nur aufgrund der damals kalkulierten Baukosten abgelehnt habe.

Man sei grundsätzlich gegen den vorgeschlagenen Standort in Lindern. Es gebe allerdings noch ein Grundstück neben der Bahnfläche in Lindern, wo die P&R-Parkplätze seien. Dieses städtische Grundstück halte man für geeigneter.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortete die Planung und lobte die Verwaltung, insbesondere Frau Wolf, für die gute Planung. Die Aufteilung sei gut, da kleinere Einheiten erfahrungsgemäß zu weniger Problemen führen würden. Man müsse dennoch weiterhin über eine ZUE nachdenken. Lindern und Süggerath seien nur kurzfristige Lösungen, um keine Turnhallen belegen zu müssen. Auch finanzielle Aspekte seien wichtig. Die Stadt würde mit einer ZUE immense Kosten sparen.

Auf die Frage, wie viele Mitarbeitende derzeit zum Team Asyl gehören, antwortete die Verwaltung 2 Sozialarbeiterinnen in Teilzeit, zwei Hausmeister, zwei Verwaltungskräfte und die Teamleitung. Die Fraktion erklärte, dies sei zu wenig. Man müsse das Team aufstocken oder einen Dienstleister für die Betreuung engagieren, bevor die Mitarbeitenden überlastet seien, da sie bereits über 700 Personen betreuen. Zudem solle die Verwaltung auch Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürgern vorhalten.

In Süggerath sei die Kombination von Flüchtlingsunterkunft und Obdachlosenunterkunft nicht optimal, allerdings seien an anderen Standorten weit mehr Geflüchtete untergebracht als 90 Menschen nach Umsetzung der Maßnahme.

Zudem werde es immer Gegenwind von der Bevölkerung geben. Die Aussage, dass die Unterkunft in Lindern zum Ende des Linderner Sportvereins führe, halte man für kritisch, denn sollten

die Mietcontainer nicht aufgestellt werden, werde man voraussichtlich zunächst auf die Turnhalle in Lindern zurückgreifen müssen, da hier kein Schulsport stattfindet. Dies sei für den Verein und die Bürger wesentlich schlimmer.

Die Stadt sei weiterhin in der Verpflichtung geflüchtete Menschen aufzunehmen. Man dürfe eine Lösung nicht länger hinauszögern. Außerdem handle es sich immer noch um Menschen. Einige Aussagen des heutigen Abends könnten polarisieren. Man solle eher in eine integrative Richtung denken und den Ängsten begegnen. Dies habe in der Fliegerhorstsiedlung ebenfalls funktioniert. Zudem würden die bisher genannten Argumente der Gegner für eine ZUE sprechen.

Die SPD-Fraktion erklärte, bei der gestrigen Einwohnerversammlung in Lindern zum Thema Future-Site-InWest hätten sich viele Bürgerinnen und Bürger beschwert, dass neben dem Industriegebiet nun auch noch eine Flüchtlingsunterkunft in Lindern gebaut werden solle. Die Fraktion sei jedoch der Meinung, die Planungen seien alternativlos. Nur die ZUE hätte die Planungen möglicherweise hinauszögern können.

Die Fraktion trage die Verwaltungsvorlage mit. Dies sei ein erster Ansatz zur Problemlösung. Sollte man weitere Grundstücke nutzen müssen, werde man dies tun. Es liege in der Verantwortung des Rates, dieses Problem zu lösen. Man könne die Gegenwehr verstehen. Dieser könne man allerdings mit einer umfassenden Betreuung entgegenwirken und dafür müsse man eben Gelder ausgeben. Die Betreuung der Menschen sei überaus wichtig, insbesondere in Lindern, da hier vornehmlich allein reisende Männer untergebracht werden sollen. Das Alternativgrundstück in Lindern befürworte man ebenfalls.

Die Fraktion informierte, dass der Kämmerer bei der Berechnung der Kosten für einen weiteren Bau an der Friedensburg erklärt habe, dass er den finanziell schlechtesten Fall mit allen Eventualitäten berechnet habe und die Kosten sehr wahrscheinlich wesentlich niedriger ausfallen werden. Dennoch habe ein Großteil des Rates gegen den Bau gestimmt.

Die Fraktion Bürgerliste meinte, es sei verwunderlich, dass sich die CDU-Fraktion zunächst für die Unterkunft in Süggerath ausgesprochen habe und dies nun zurückziehe. Man müsse weiterhin – auch unabhängig von einer möglichen ZUE – alle in Betracht kommenden Standorte weiterdenken. Nur mit Alternativen könne man wieder Wohnraum in Geilenkirchen schaffen.

Man werde keine Lösung finden, mit der alle einverstanden seien. Hier sei man allerdings auf dem richtigen Weg, da man Süggerath und Lindern schnell bebauen könne. Allerdings müsse man im nächsten Schritt eine möglichst umfassende Betreuung sicherstellen – entweder durch die Verwaltung oder durch Externe. Insgesamt habe man zu viel Zeit verloren und es müsse endlich eine Entscheidung getroffen werden. Man frage sich allerdings, warum die CDU das Alternativgrundstück in Lindern nicht früher vorgeschlagen habe, damit die Verwaltung es vor der Sitzung hätte prüfen können.

Die Verwaltung erklärte, das neu vorgeschlagene Grundstück müsse zunächst geprüft werden. Insbesondere müsse eine Baugenehmigung erteilt werden können. Im Verfahren werde die Verwaltung mehrere Fachgutachten einholen müssen und die Angelegenheit mit der Bahn abstimmen. Man gehe allerdings bereits jetzt schon davon aus, dass das Lärmschutzgutachten

aufgrund der Nähe zur Bahn nicht positiv ausfallen werde und deswegen keine Baugenehmigung erteilt werden dürfe. An der Friedensburg sei dies anders gewesen, da es sich um einen Massivbau handle. Ältere Gebäude würden zudem Bestandsschutz genießen, doch das Recht entwickle sich eben weiter.

Die Verwaltung freue sich, dass nun auch die Fraktionen das Thema Finanzen ansprechen. Als die Verwaltung dies vor wenigen Monaten getan habe, habe man ihr unterstellt, mit einer ZUE nur den Haushalt sanieren zu wollen. Zudem weise man noch einmal darauf hin, dass die Planungen weniger Konfliktpotenzial bergen würden und man sich daher für kleinere Einheiten entschieden habe. Weiterhin habe die Verwaltung alle möglichen städtischen Grundstücke, die potenziell in Betracht kommen, vorgeschlagen. Auch über den Ankauf von Privatgrundstücken habe man nachgedacht. Vorschläge für Alternativen habe sie hingegen nicht erhalten, sondern nur den Auftrag, dass die Verwaltung weitersuchen solle. Man sei weiterhin offen für Vorschläge.

Die CDU-Fraktion informierte, dass sie den Alternativstandort in Lindern bereits vor drei Wochen mitgeteilt habe. Die Verwaltung solle prüfen, ob eine Lärmschutzwand in Betracht komme. Zudem beantragte sie die separate Abstimmung über die Standorte Lindern und Süggerath und die Aufnahme und Abstimmung über den Beschlussvorschlag 4.

Stadtverordneter Volles stellte einen Antrag nach der Geschäftsordnung auf Schließung der Rednerliste. Mangels Sprecher für oder gegen den Antrag rief Bürgermeisterin Ritzerfeld zur Abstimmung auf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld unterbrach die Sitzung für 15 Minuten. Anschließend stellte sie die Beschlussvorschläge vor. Um Beschlussvorschlag 4 umzusetzen, sei zunächst eine intensive Prüfung durch die Verwaltung notwendig. Es gebe bereits viele Verwaltungsmitarbeitende, die sich ausschließlich mit dem Thema beschäftigen würden und am Anschlag stünden. Werde die Verwaltung beauftragt, den neuen Standort und die Möglichkeiten umfassend zu prüfen, werde sie dies tun. Allerdings müsse man berücksichtigen, dass die Mitarbeiterkapazitäten im Rathaus begrenzt seien und dies wiederum zu zeitlichen Verzögerungen führen könne. Sie rief zur Abstimmung auf.

#### **Beschluss 1:**

Die zeitlich befristete Errichtung von Mietcontainern in Süggerath wird beschlossen. Die Verwaltung wird alle dahingehenden Maßnahmen in die Wege leiten und entsprechende Aufträge erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	20
Nein:	16
Enthaltung:	1

Mehrheitlich beschlossen.

**Beschluss 2:**

Die zeitlich befristete Errichtung von Mietcontainern sowie die Errichtung eines Modulbaus in Lindern auf der städt. Fläche Kornhausweg wird beschlossen. Die Verwaltung wird alle dahingehenden Maßnahmen in die Wege leiten und entsprechende Aufträge erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	17
Enthaltung:	1

Mehrheitlich beschlossen.

**Beschluss 3:**

Die überplanmäßige Ausgabe für die beiden Mietcontainer wird beschlossen. Die Mittel können aus dem Produkt 01.111.06.0, Sachkonto 501200 i. H. v. 53.400 €, aus dem Produkt 01.111.13.0, Sachkonto 521500 i. H. v. 100.000 €, aus dem Produkt 03.211.01.0, Sachkonto 521500 i. H. v. 80.000 €, aus dem Produkt 06.365.01.0, Sachkonto 501200 i. H. v. 130.000 € sowie aus dem Produkt 08.424.02.0, Sachkonto 521500 i. H. v. 50.000 € bereitgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	20
Nein:	17
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

**Beschlussvorschlag 4:**

Als Standort für die Errichtung von Mietcontainern sowie für die Errichtung eines Modulbaus in Lindern soll die Fläche des P&R-Parkplatzes (Flurstück 791) in Lindern genutzt werden, soweit dies rechtlich möglich ist.

Bürgermeisterin Ritterfeld erklärte, mit den Beschlüssen 1-3 habe sich der Beschlussvorschlag 4 erledigt. Es wurde nicht abgestimmt.

**TOP 3      Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

Es gab keine Anfragen.

**TOP 4      Fragestunde für Einwohner**

Es gab keine Fragen.

Sitzung endet um: 20:24

Vorsitzende

Daniela Ritzerfeld  
Bürgermeisterin

Christina Kamphausen  
Schriftführerin